

Objektyp: **Miscellaneous**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **113 (1995)**

Heft 36

PDF erstellt am: **21.09.2024**

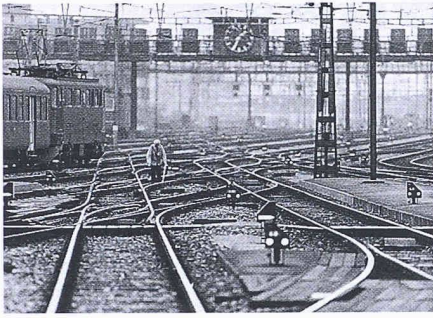
Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gelegenheit, die Weichen neu zu stellen



(Bild: Comet)

Die Schweiz befindet sich zurzeit wirtschaftlich wie politisch in einer wenig komfortablen Lage: Das Wirtschaftswachstum bleibt in der Schweiz seit Jahren hinter jenem der wichtigsten Handelspartner zurück. Der Aufschwung, der sich Anfang Jahr abzeichnete, ist ins Stocken geraten. In der Bauwirtschaft scheint sich die Rezession nach einem kleinen Zwischenhoch sogar wieder zu verschärfen. Der Exportwirtschaft bereiten der starke Franken und die durch das EWR-Nein demonstrative Abschottung von unseren europäischen Nachbarn – die selbstgewählte Isolation – zunehmend Sorge. Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz hat sich auf einem relativ hohen Niveau eingependelt. Die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Hand kann auf die Dauer nicht ohne negative Auswirkungen auf den Finanzplatz und den Wirtschaftsstandort Schweiz bleiben, denn sie schafft ein Klima der Unsicherheit und führt zu Vertrauensverlust. Die Sanierung der öffentlichen Haushalte ist daher eine vordringliche Aufgabe. Sie hat angesichts der Wirtschaftslage und der seit Jahrzehnten zu beobachtenden kontinuierlichen Zunahme der Fiskalbelastung und der Staatsquote (Verhältnis zwischen Staatsausgaben und Bruttosozialprodukt) in erster Linie über die Ausgabenseite zu erfolgen. Die Staatsquote ist in den letzten 20 Jahren notabene von 28 auf rund 40 Prozent angestiegen.

Die anstehenden Probleme auf den Gebieten der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der Verkehrs- und Energiepolitik, der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und die Europafrage usw. erheischen mutige, zukunftsweisende Entscheide. Die zunehmende Polarisierung und die wachsende Staatsverdrossenheit immer breiterer Kreise erschweren es aber, tragfähige Entscheide zustande zu bringen und sie auch durchzusetzen. Grössere Infrastrukturanlagen oder Entsorgungseinrichtungen sind kaum mehr realisierbar. Sie werden, gemessen an der Gesamtbevölkerung, von relativ kleinen Gruppen über längere Zeit blockiert oder gar verhindert. Die wachsende Flut an Initiativen und Referenden der letzten Jahre trägt das Ihre dazu bei, dass die Schweiz immer handlungsunfähiger wird.

Um die zunehmende Blockierung zu überwinden, braucht die Schweizer Politik wieder vermehrt konsensfähige, ganzheitlich denkende Persönlichkeiten. Sie benötigt Vordenker, charismatische, zukunftsgerichtete Politiker mit Visionen. Ins eidgenössische Parlament gehören beispielsweise Arbeitnehmer mit Verständnis für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, sozial denkende, der Umwelt verpflichtete Wirtschaftsführer, Gewerbler, die auch offen sind für die Probleme der Exportindustrie und der Landwirtschaft usw. Wünschenswert wäre auch die vermehrte Mitarbeit von Ingenieuren, Architekten und Wissenschaftlern mit einem fundierten Technologieverständnis und einer hohen ethischen Berufsauffassung. Kurz: Wir brauchen im National- und Ständerat Männer und Frauen des Ausgleichs, die das Gemeinwohl und die Solidarität über die eigenen Interessen setzen, die fähig sind, vernetzt zu denken und konsensfähige Lösungen zu suchen. Nicht erwünscht sind Machtpolitiker, Polterer und Demagogen, die rücksichtslos und einäugig nur die eigenen Ideen und Vorstellungen verwirklicht sehen wollen, Extremisten aller Richtungen, sture Parteistrategen oder Lobbyisten, die das Wohl einer Gruppe, einer Region, eines Berufsstandes oder einer Schicht über das Gemeinwohl setzen. Aber auch ausgeprägte Opportunisten, Einthemenpolitiker oder kleinkarierte «Kirchturmpolitiker», die kaum über den eigenen Zaun hinauszublicken vermögen, gehören nicht in ein nationales Parlament.

Wir haben am 22. Oktober die Möglichkeit mitzuentcheiden, wer uns in den nächsten vier Jahren in Bern vertritt. Wir haben die Möglichkeit, die Weichen neu zu stellen. Nehmen wir unsere Verantwortung wahr. Unter den zahlreichen Kandidaten gibt es sicher genügend, die dem Anforderungsprofil einigermaßen entsprechen.

Alois Schwager